

Foto: ND/Ulli Winkler



## Agrarbörse soll Bad betreiben

Das Strandbad Rahnsdorf soll langfristig als Sport- und Erholungsfläche bei freiem Eintritt gesichert werden, beschloss die BVV-Fraktion DIE LINKE. Treptow-Köpenick. Gleichzeitig soll eine dem sozialverträglichen Charakter insgesamt nicht entgegenstehende gewerbliche Nutzung ermöglicht und die denkmalgeschützte Bausubstanz erhalten und saniert werden. Die Fraktion fordert vom Bezirksamt, auf eine Übertragung des Strandbades in das Vermögen des Bezirksamtes

hinzuwirken, einem Fachvermögen (z.B. Sport) zuzuordnen und eine den Zielstellungen entsprechende Nutzungsvereinbarung mit einem Dritten herbeizuführen. Ab 1. März soll der Verein Agrarbörse, der bereits mehrere Umwelt- und Sozialprojekte in der Stadt unterhält, unterstützt von Bürger für Rahnsdorf e.V., das Bad betreiben. Der Vertrag mit dem Bezirkssportbund wurde wegen rechtlicher Auseinandersetzungen nicht verlängert. (pw)

## Christen pro Ethik

### Aufruf zum Erhalt des Schulfachs Ethik

Am 26. April sind wir alle aufgerufen zu einem Volksentscheid. Es geht um die Frage, ob der Ethikunterricht in Berlin als allgemeinverbindliches Unterrichtsfach erhalten bleibt oder ein „Wahlrecht“ zwischen Ethik- und Religionsunterricht eingeführt wird. Die freie Wahl soll also nicht existieren ob man und gegebenenfalls welchen Religionsunterricht man besuchen will, sondern bei der Wahl des Religionsunterrichts würde dafür der gemeinsame Ethikunterricht entfallen. Dass das ist kein Konflikt zwischen Christen

und Nichtchristen ist, zeigt die Initiative „Christen pro Ethik“. In einem gemeinsamen Aufruf „Christen für das gemeinsame Schulfach Ethik“ haben sich Theologen, Mitarbeiter kirchlicher Einrichtungen, Religionslehrer und Katecheten gegen die Darstellung gewandt, es gäbe keine guten Gründe für Christinnen und Christen, den gemeinsamen Ethikunterricht zu unterstützen. In dem Aufruf, unter dem sich auch engagierte Christen aus dem Stadtbezirk Treptow-Köpenick als Erstunterzeichner

## Wir zahlen nicht eure Krise

Demo am 28. März

Der Parteivorstand DIE LINKE hat beschlossen, sich am 28. März an den Demonstrationen in Berlin und Frankfurt/Main gegen die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise unter dem Motto „Wir zahlen nicht eure Krise“ zu beteiligen.

Die Demo wird von einem Bündnis von attac, ver.di Baden-Württemberg, DIE LINKE und einer großen Anzahl weiterer Gruppierungen getragen. Bundesweit werden Busse auch von Gewerkschaften eingesetzt.

Gleichzeitig wird es auch in London zu Massenprotesten kommen. Hinzu kommt, dass das Weltsozialforum in Belem mit 100.000 Teilnehmern/innen zu einem weltweiten Aktionstag am 28.3. aufgerufen hat.

Der 28. März soll nur ein Auftakt sein. Für eine Reihe europäischer Großstädte, darunter auch Berlin, haben die Gewerkschaften für den 16. Mai bereits Fortsetzungen geplant.

befinden, heißt es: **Wir rufen die Christen und alle Mitbürgerinnen und Mitbürger in unserer Stadt und in Deutschland dazu auf, das gemeinsame Berliner Schulfach Ethik zu unterstützen.**

Der Wortlaut des Aufrufs und weitere Informationen sind auf der Internetseite [www.proethik.info](http://www.proethik.info) zu finden.

Karl Forster

### IN DIESER AUSGABE

- Seite 2:** Berlin schafft Hauptschule ab
- Seite 3:** Lady's Stammtisch
- Seite 4:** LINKE unterstützt Nachtflugverbot für BBI
- Seite 5:** Neuer Vorstand mit großen Aufgaben

# BVV für Neuberechnung der Hartz-IV-Sätze für Kinder

## Gemeinsamer Aufruf gegen rechte Demonstration



Auf Antrag der Linksfraktion, dem die CDU beigetreten war, beschloss die Bezirksverordnetenversammlung, dass sich das Bezirksamt dafür einsetzen soll, die Empfehlungen der Kommission der Bundesländer in Hinblick auf eine wissenschaftliche Ermittlung, Neubemessung und

Festsetzung der Regelleistungen für Kinder und Jugendliche unverzüglich umzusetzen.

„Nicht erst das Bundessozialgericht hat festgestellt, dass es unzulässig und damit nach seiner Auffassung verfassungswidrig ist, von „Hartz-IV“ betroffenen Kindern und Jugendlichen einen pauschalierten Regelsatz in Höhe von 60 bzw. 80 % des Erwachsenensatzes zu gewähren, in dem zwar Geld für Tabak und Alkohol, nicht aber für Schulmaterialien enthalten ist“, so Dan Mechtel, sozialpolitischer Sprecher der Linksfraktion. Bereits im Jahre 2007 nämlich habe eine Kommission der Bundesländer vorgeschlagen, der neben Justiz und Wohlfahrt auch Vertreter des Statistischen Bundesamtes angehörten,

die Bemessung nach dem tatsächlichen Bedarf vorzunehmen, so Mechtel weiter. SPD-Fraktionschef Oliver Igel entgegnete, seine Partei sehe dies zwar inzwischen auch so, aber da der Bezirk dafür keine Zuständigkeit habe, lehne seine Partei den Antrag ab.

Tausende Klagen vor Sozialgerichten gegen Entscheidungen zu Hartz IV, die Feststellung des Bundesverfassungsgerichtes, dass Hartz IV nicht verfassungskonform sei und letztlich auch die Entscheidung des Bundessozialgerichtes zur Bemessung des Regelsatzes von Kindern zeugten davon, dass Gerichte die Arbeit von Politik erledigen für Gesetze, die mit der heißen Nadel gemacht sind, so Sozialstadträtin Ines Feierabend (DIE LINKE). „Sehr geehrte Damen und Herren Verordneter, Sie können ein Signal geben – ein kommunalpolitisches Signal für über 4000 Kinder, die in Treptow-Köpenick von Hartz IV leben,“ so Feierabend weiter. Der Antrag fand eine Mehrheit.

*Philipp Wohlfeil*

## Berlin schafft die Hauptschule ab

### Informationstionsveranstaltung zur Auswirkung im Bezirk

Seit Beginn des gegenwärtigen Schuljahres geisterten immer wieder Meldungen aus der Senatsschulverwaltung über die Zukunft des Schulsystems durch die Medien, die im Kern von einer Zweigliedrigkeit aus Gymnasium und einer weiteren Oberschule kündeten. (siehe auch Artikel im BerlinInfo) Für die Schulentwicklung in Treptow-Köpenick wird die besondere Situation als großflächiger Bezirk relevant. Die künftigen Sekundarschulen sollen nämlich nach dem vorliegenden Vorschlag regelmäßig vier Klassen pro Jahrgang aufnehmen, also vierzünftig arbeiten. Die BVV-Fraktion DIE LINKE hat in einer öffentlichen Veranstaltung über Hintergründe und Auswirkungen informiert.

Einerseits ist es finanziell sinnvoll, weniger Schulstandorte, aber dafür größere zu unterhalten. Andererseits ist es aber auch pädagogisch geboten, da erst ab einer hinreichenden Anzahl von Schülerinnen und Schülern ein differenziertes Kursangebot und ein fachgerechter Vertretungsunterricht möglich ist. Bei vergleichsweise vielen kleinen regional verteilten Standorten, so beträgt die Kapazität bei den Realschulen im Bezirk derzeit 3,5 Züge, ist

daher mit einem Veränderungsbedarf zu rechnen, wenn die Vierzügigkeit als Mindestgröße Gesetz wird.

Am 13. Februar hat Schulsenator Jürgen Zöllner das Abgeordnetenhaus über seine Absichten unterrichtet. Seine Zielstellung sei die Verbesserung des schulischen Lernens und der Abbau des starken Zusammenhangs zwischen sozialer Herkunft und schulischen Erfolgen. Neben dem Gymnasium soll es künftig die Sekundarschule geben, in der die bisherigen Haupt-, Real- und Gesamtschulen aufgehen. Diese Sekundarschule fasst die Bildungsgänge zusammen und führt als Ganztagschule zu allen Abschlüssen, also auch dem Abitur. Sicher wird die Abschaffung der Hauptschule in Treptow-Köpenick nicht sehr ins Gewicht fallen. Nachdem die Grünauer Oberschule an der Dahme als verbundene Haupt- und Realschule arbeitet, ist mit der Amelia-Earhart-Schule in Baumschulenweg nur noch eine originäre Hauptschule übrig. Und auch deren Anmeldungen sind gering. Tatsächlich haben die Eltern und die Schülerinnen und Schüler über die Zukunft dieser Schulform mit den Füßen abgestimmt.

Maßgeblich für die Positionierung der Linken auf einem Landesparteitag Ende März wird die Zukunft der Gemeinschaftsschule sein. Laut Zöllner sollen Elemente der Gemeinschaftsschule in andere Schulformen übertragen werden können und das Modellprojekt selbst fortgesetzt und ausgeweitet werden, so dass sich weitere Schulen dafür bewerben können. Angesichts der Anmeldungen für das kommende Schuljahr scheint diese Schulform im Bezirk angenommen zu werden. Besonders erfolgreich ist demnach die Anna-Seghers-Schule in Adlershof.

*Philipp Wohlfeil*

### IMPRESSUM

Das ›blättchen‹ wird aus Spenden finanziert.  
Herausgeber: Bezirksvorstand und BVV-Fraktion der Partei DIE LINKE. Treptow-Köpenick  
V.i.S.d.P.: Karl Forster  
Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de  
Postanschrift: DIE LINKE. Treptow-Köpenick, blättchen-Redaktion, Brückenstr. 28, 12439 Berlin.  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Zuschriften vor. Eine Parallelität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt!  
Satz: ansichtssache - Büro für Gestaltung  
Redaktionsschluß: 24. Februar 2009  
Ausgabebetrag „blättchen“ 148: 2. April 2009  
Termine und Texte für „blättchen 148“ bitte bis zum 24. März 2009 an die Redaktion einsenden.



## Lady's Stammtisch

### Das etwas andere Netzwerk

**Am 8. März begeht man allenthalben den Internationalen Frauentag, den Tag des Kampfes für die Rechte der Frauen. Ein besonderes Beispiel von „Emanzipation“ ist der „Lady's Stammtisch“ in unserem Stadtbezirk. Das „blättchen“ lässt hier Ines Krüger, Buchhändlerin und Mitglied dieses Netzwerkes zu Wort kommen:**

Vor fünfeneinhalb Jahren habe ich mich als Buchhändlerin selbständig gemacht. Es war ein großer Schritt ins Ungewisse. Da mein früherer Arbeitgeber Insolvenz angemeldet hatte, stand ich vor einer schweren Entscheidung, ob ich mich erneut bewerbe oder ob ich meinen Traum verwirkliche, einen eigenen Buchladen zu eröffnen. Zu dieser Zeit erfuhr ich aus der Zeitung von der Existenz des Lady's Stammtisch, einem im Bezirk ansässigen Netzwerk für Unternehmerinnen. Ich ging zu einer Veranstaltung und hörte dort, dass auch ein „etwas anderes“ Existenzgründerseminar angeboten wird. Unternehmerinnen geben an 4 Tagen ihren Erfahrungsschatz an angehende Unternehmerinnen weiter. Gerade dieses Seminar hat mich ermutigt, den vielfältigen Problemen einer Existenzgründung die Stirn zu bieten. Ich habe es gewagt und die Eröffnung des Buchladens nie bereut. Auf dem Existenzgründungsseminar des Lady's Stammtisch gebe ich jetzt selbst meine Erfahrungen weiter und ermutige andere Frauen, auch den Schritt in die Selbständigkeit zu wagen. Ich berichte über meine Schwierigkeiten und über meine Erfolge. Eine Vielzahl von Anträgen war zu stellen, Verhandlungen mussten geführt und Verträge mussten geprüft werden; auch an die Mülltonne und an die Streupflicht im Winter musste gedacht werden. Sechsmal habe ich nun schon dazu gesprochen.

Unser Stammtisch hat mir von Anfang an viel geholfen. Wir sind rund 40 Frauen aus sehr unterschiedlichen Branchen. Dabei sind Rechtsanwältinnen, Steuerberaterinnen, Frauen aus der Optiker-, Werbe- und der Modebranche, Schriftstellerinnen und Lektorinnen, um nur einige zu nennen. Bei Beginn der Selbständigkeit haben alle Unternehmerinnen, egal welcher Branche, mit den gleichen Problemen zu kämpfen. Und es erleichtert die Arbeit, wenn man in einen lockeren Erfahrungsaustausch treten kann. Von einem Männer-Stammtisch unterscheidet uns, dass wir keine Scheu haben, über unsere Schwierigkeiten zu reden und auch Fehler und Niederlagen einzugestehen, wenn wir mal in eine Falle getappt sind oder die Familie zu kurz kommt. Solch ein Austausch von Erfahrungen hat schon allen geholfen. Inzwischen haben wir ein weites Netzwerk bis nach Brandenburg aufgebaut und auch viele Nichtmitglieder besuchen unsere Veranstaltungen, die größtenteils im Rathaus Treptow stattfinden.

Heute führe ich meine Buchhandlung mit einer festen Mitarbeiterin und einer Aushilfskraft und habe durch den Stammtisch eine sehr kompetente Steuerberaterin gewonnen. Die vielen Kontakte haben auch dazu geführt, dass ich mich professionell auf einer Messe oder bei anderen Firmen präsentieren kann. Ich kann wirklich nur jeder Frau empfehlen, vor dem Schritt in die Selbständigkeit, aber auch nach der Gründung des eigenen Unternehmens zu unserem Lady's Stammtisch zu kommen. Ich habe viel davon profitiert und bin heute noch sehr froh darüber, dass ich davon erfahren habe.

*Ines Krüger, Büchereck  
Baumschulenweg, Behringstraße*

## 1. Mai nazifrei!

Die rechtsextreme NPD will am 1. Mai in Köpenick, ausgehend vom Mandrellaplatz, unweit ihrer Bundeszentrale, eine Demonstration unter dem demagogischen Motto „Kampf und Arbeit unentwegt“ veranstalten. Sie versucht damit, den 1. Mai zu einem völkisch-nationalistischen und vermeintlich kapitalismuskritischen „Kampftag“ umzudeuten. Die Zivilgesellschaft wird diese Provokation nicht kommentarlos hinnehmen. Der letzte Demonstrationsversuch der Rechtsextremen an einem 1. Mai fand 2004 statt und musste aufgrund massiver Protestaktionen abgebrochen werden. Nicht jeder Nazi-Provokation ist also Erfolg beschieden – machen wir gemeinsam den 1. Mai zu einem Desaster für die Provokateure von rechts außen. Wer eine „große Maiveranstaltung“ ankündigt, wie die NPD es vollmundig tut, muss mit einem großen Protest rechnen. Ob im Dezember oder Mai – Treptow-Köpenick bleibt nazifrei!

Erste Gegenaktionen sind bereits für den Vormittag des 1. Mai in Köpenick angemeldet.

*Karin Kant, Hans Erxleben,  
Leitung der AG und  
Bezirksverordnete Linksfraktion*

## Sanierung Müggelpark

Noch in diesem Jahr wird mit der Sanierung des Müggelparks begonnen. In der 2. Jahreshälfte sollen die Parkwege – ohne die Uferstraße – und der Gehweg auf der Josef-Nawrocki-Straße in Angriff genommen werden. Ebenfalls wird mit dem Bau eines touristischen Radwegesystems in Hirschgarten begonnen. 2010 sollen diese Maßnahmen abgeschlossen sein. Insgesamt wird sich das Bauvorhaben Müggelpark bis 2011 hinziehen, da für die Sanierung der Uferwand ein längerer Planungsvorlauf erforderlich ist. Nach der Sanierung der Uferwand 2010 wird dann die Uferpromenade fertiggestellt. Den Abschluss bildet die Sanierung des Tunnels und des Weges zum Müggelpark.

**Herzlichen Glückwunsch  
zum Internationalen  
Frauentag!**

**Redaktion „blättchen Treptow-Köpenick“**



# DIE LINKE unterstützt Nachtflugverbot für BBI

## Entscheidung wird vor Brandenburger Gericht getroffen

Vorweg eine Richtigstellung: DIE LINKE in Berlin, DIE LINKE in Brandenburg und DIE LINKE in Treptow-Köpenick unterstützen – und zwar schon immer – die Einhaltung des Lärmschutzes für die Anwohner des Flughafens Berlin Brandenburg International (BBI). Auch durch ein Nachtflugverbot.

Warum diese Richtigstellung? Der Grund dafür ist die falsche Behauptung des Bürgervereins Brandenburg-Berlin e.V., DIE LINKE im Abgeordnetenhaus hätte gegen ein Nachtflugverbot für den BBI gestimmt. In einem reißerischen und zutiefst polemischen Flugblatt schreibt der Verein: „Es geht los! Das Berliner Abgeordnetenhaus hat am 08.12.2008 schon vorbeugend mit den Mehrheiten von SPD, LINKEN, CDU und FDP entschieden, dass auf dem BBI auch nachts geflogen werden

soll. [...] Diese Parteien wollen den Nachtflug und lassen sich in ihrer Schamlosigkeit nur durch Gerichtsentscheidungen stoppen.“ Dabei beruft sich der Verein in seiner Argumentation auf die Tatsache, dass das Abgeordnetenhaus einen Antrag der Fraktion der Grünen, der gegen eine Aufweichung des Nachtflugverbots in den Randzeiten zielte, mit großer Mehrheit abgelehnt hat.

Was die Autoren dabei jedoch übersehen oder bewusst ausgeblendet haben, ist die Tatsache, dass es sich bei dem Antrag der Grünen um einen „Schaufensterantrag“ ohne Wert und Nutzen gehandelt hat. Es spielte politisch überhaupt keine Rolle, ob das Abgeordnetenhaus dem Antrag zustimmt oder nicht. Die Entscheidung darüber, in welchem Maße es ein Nachtflugverbot für den BBI gibt, wird

nämlich nicht im Abgeordnetenhaus, sondern vor Gericht getroffen – und zwar in Brandenburg. Dort geht es vor allem darum, wie die Randstunden des Nachtflugverbots, welches von Mitternacht bis 05.00 Uhr gilt, gehandhabt werden. Hier geht es um eine Abwägung, die das Gericht treffen muss, und zwar zwischen den wirtschaftlichen Interessen des Flughafenbetreibers und den Schutzinteressen der Anwohner.

Dass es ein Nachtflugverbot und einen adäquaten Lärmschutz geben muss, steht dabei für uns außer Frage. Katrin Lompscher (DIE LINKE), Senatorin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz, hat sich im Rahmen des laufenden Verfahrens geäußert und für ein Nachtflugverbot und einen umfassenden Lärmschutz für die Anrainer am Flughafen BBI plädiert. Von einer Ablehnung des Nachtflugverbots durch DIE LINKE kann demnach keine Rede sein.

*Uwe Doering, Parlamentarischer Geschäftsführer, Linksfraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin*

## Zukunft der Kleingartenanlagen

Das Bezirksamt befürwortet die Verlängerung der Schutzfristen von Kleingartenanlagen um mindestens zehn Jahre über das Jahr 2014 hinaus, heißt es in der Antwort des zuständigen Stadtrates Michael Schneider auf eine Kleine Anfrage. Diese Position habe er in einer Stellungnahme des Bezirks zur Überarbeitung des Kleingartenentwicklungsplans des Senats dargelegt. Er wies in seiner schriftlichen Antwort auf die Anfrage der Bezirksverordneten Marina Borkenhagen (DIE LINKE) jedoch darauf hin, dass einige Kleingartenanlagen davon ausgenommen seien. Für die KGA „Gemütlichkeit III“, „Harmonie“, „Holunderbusch“, „Kuckuksheim“ und „Lerchenhöhe“ hänge die Verlängerung der Schutzfrist vom Flächennutzungsplan (FNP) für die Süd-Ost-Verbindung ab. Das Gleiche gelte auch für die KGA „Ehrliche Arbeit“, „Reichsbahn Eintracht“ und „Alte Sternwarte“ im Zusammenhang mit dem Bau der BAB 100 beziehungsweise der Erweiterung des Schulstandortes Anna-Seghers-Schule. Für die KGA „Salvador-Allende-Starße“ würde eine Verlängerung nicht unterstützt, da sie schon jetzt vorwiegend von Dauerbewohnern genutzt werde. Die KGA „Wendenaue I“ und „Wendenaue

II“ wiederum seien zwischenzeitlich an den privaten Eigentümer rückübertragen worden.

Insgesamt müssten nach 2014 von den Treptower Kleingartenanlagen 150-180 Parzellen für Infrastrukturmaßnahmen aufgegeben werden. Noch vor 2014 müssten aus diesem Grund von der KGA „Am Freibad“ sechs Parzellen, von der KGA „Oberspree“ zehn Parzellen, von der KGA „Grüne Aue“ 14 Parzellen und von der KGA „Am Bahndamm“ sechs Parzellen aufgegeben werden. Alle anderen Parzellen dieser Kleingartenanlagen seien durch den FNP als fiktive Dauerkleingartenanlagen gesichert. Die endgültige Entscheidungen über Schutzfristverlängerungen lägen in der Zuständigkeit des Senats.

## Gerücht ohne Bestätigung

Gerüchte über eine neue Anschlussstelle zur A 117 zwischen Waltersdorf und Bohnsdorf sind vom Bezirksamt zurückgewiesen worden. Konkrete Überlegungen oder Planungen auf Grund von Initiativen auf Brandenburger Seite seien dem Bezirksamt bisher nicht bekannt.

## Mellowpark zunächst gesichert

Über eine zunächst positive Entwicklung im „Konflikt“ um den Mellowpark ist zu

berichten. So konnte nach intensiven Bemühungen auch der Bundestagsabgeordneten der Partei DIE LINKE, Gesine Löttsch und Gregor Gysi, erreicht werden, dass der Mellowpark bis Ende November 2009 an seinem aktuellen Standort in der Friedrichshagener Str. bleiben darf. Diese Zusage kam jetzt von der TLG, nachdem sie zuvor entsprechende Verträge zur Nutzung des Geländes an der Friedrichshagener Straße zum Jahresende 2008 gekündigt hatte. Durch die Zusage der TLG haben es die vielen Unterstützer des Projekts – zu denen auch die Linksfraktion im Abgeordnetenhaus gehört – geschafft, den Betrieb für diese Saison zu sichern. Die Debatte um die langfristige Zukunft des Mellowparks ist unterdes noch nicht beendet. Trotz eines eindeutigen Bekenntnisses zum Mellowpark durch das Bezirksamt, durch die BVV und einer Mehrheit im Abgeordnetenhaus (ich berichtete in „Aktuelles 16“) fehlt noch immer das entscheidende Signal aus der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus. Noch immer setzt sich ein Teil der SPD-Fraktion für den Verkauf des Geländes an der Wuhlheide (Ernst-Zobel-Stadion) ein, das als zukünftiger Standort für den Mellowpark favorisiert wird. Ein Artikel der taz beschreibt die aktuelle Situation.

*Uwe Doering, MdA*

# Neuer Vorstand mit großen Aufgaben

Superwahljahr stellt große Anforderungen

**Personelle Veränderungen im Bezirksvorstand der LINKEN Treptow-Köpenick brachte die Hauptversammlung vom 31. Januar 2009. Mit großem Dank wurden aus dem Vorstand Anneliese Bräuer, Minika Dott, Philipp Häusler, Michael Kargus und Sigrun Merkle verabschiedet, die nicht mehr kandidierten. Der neue Bezirksvorstand wurde in einer Stärke von 17 Personen gewählt. Leider blieb die Funktion der stellvertretenden Vorsitzenden noch vakant. Neu in den Bezirksvorstand wurden Johann Eberlein, Ines Feierabend, Benjamin Last und Jana Wiederhold gewählt. Nachstehend dokumentieren wir Auszüge aus dem Beschluss der Hauptversammlung über die Aufgaben des Bezirksverbandes in der neuen Amtsperiode.**

Die politische Arbeit der LINKEN Treptow-Köpenick wird sich in den kommenden zwei Jahren vor allem auf den Europawahlkampf, den Bundestagswahlkampf, Kampagnen im Rahmen von Volksentscheiden sowie die Vorbereitung der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und der Bezirksverordnetenversammlung im Jahre 2011 ausrichten.

Absehbar ist, dass der Kampf um eine soziale Gestaltung der Gesellschaft, die Kämpfe um Existenzsicherung durch Vollzeitbeschäftigung, um die Gestaltung der Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge, um Gesundheits- und Alterssicherung, um Mindestlohn, um die Entwicklung eines sozialen Netzes für Nichtbeschäftigte und Geringverdiener und gegen eine weitere Verteilung von unten nach oben an Schärfe und Breite zunehmen werden.

Die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise zeigt, dass unsere Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit, gegen die Unterordnung unter Profitinteressen richtig sind. Wir waren es, die von Anfang an die Deregulierung des Finanzmarktes kritisierten und Alternativen anboten. Es kommt aber nicht darauf an, dass uns die Wählerinnen und Wähler Recht geben, sondern dass sie mit uns gemeinsam für gesellschaftliche Veränderungen kämpfen. Ihnen wollen wir eine Stimme in den Parlamenten geben. Wir müssen uns aber auch damit auseinandersetzen, dass viele Menschen zutiefst verunsichert sind und dass nicht Wenige ihre Alterssicherung oder die Ausbildung

ihrer Kinder mit Versicherungen und Anlagen verknüpft haben, die auf kapitalistische Rendite, ja auch auf Profitgier setzen. Es wird also vieles davon abhängen, wie glaubhaft wir unsere strategischen Konzepte und Antworten vermitteln.

In der vor uns liegenden Wahlperiode gilt es, die Voraussetzungen zu schaffen und weiter zu entwickeln, damit DIE LINKE bei den Abgeordnetenhaus- und Bezirkswahlen wieder stärkste Partei im Bezirk wird. Bei der Europawahl gilt es Risiken und Chancen deutlich zu machen, die mit der Völkergemeinschaft Europa verbunden sind:

- Für ein Europa mit sozialen Mindeststandards – gegen ein Europa der Konzerne und Finanzhaie
- Für ein Europa der Entwicklungshilfe und der offenen Grenzen – gegen ein Europa der militärischen Intervention und der Waffenexporte
- Im Bundestagswahlkampf müssen alle Anstrengungen unternommen werden, das Direktmandat erfolgreich zu verteidigen.

## 5000 Gründe für NPD-Verbot

DIE LINKE Treptow-Köpenick unterstützt die neue Kampagne der VVN-BdA „5000 gute Gründe für ein NPD-Verbot“ tatkräftig. Das beschloss die Hauptversammlung des Bezirksverbandes auf ihrer Sitzung am 31. Januar. Gleichzeitig wurde die AG Antifa der Bezirksorganisation gebeten, Vorschläge für eine aktive Einbindung des Bezirksverbandes zu unterbreiten und koordinierend tätig zu werden. In dem Beschluss heißt es unter anderem: „Wir sind nicht bereit hinzunehmen, dass Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Gegendemonstrationen gegen die NPD ausgegrenzt und durch überzogene polizeiliche Maßnahmen in eine rechtlich bedenkliche Situation gebracht werden. Wir unterstützen daher entsprechende Initiativen. ... Sicht- und hörbarer Protest bei Naziaufmärschen muss wieder selbstverständlich werden!

...Unsere Solidarität gehört denen, die jetzt mit Strafbefehlen und Anklagen überzogen und eingeschüchtert werden sollen.

## Die drei politischen Projekte:

- Keine Privatisierung öffentlichen Eigentums
  - Aufbau eines Öffentlichen Beschäftigungssektors
  - Entwicklung der Gemeinschaftsschule
- sind von uns angepackt und Politik des Rot-Roten Senats geworden. Die Umsetzung dieser Projekte im Bezirk muss auch in den nächsten zwei Jahren weiter voran gebracht werden. Gemeinsam mit der Landesebene muss der Gefahr entgegen gewirkt werden, dass die massiven „Risikoabschirmungen“, finanziert durch eine enorme Ausweitung der Staatsverschuldung, die Handlungsspielräume bei den Haushaltszumessungen im Bezirk eher verkleinern.

Unser Bezirk hat zum Glück auch wieder mehr junge Menschen. Wir sind Zuzugsbezirk und das wollen wir bleiben. Aber wir werden auch immer älter - und das ist gut so. Das verlangt eine ausgewogene Politik, verlangt die Entwicklung einer Infrastruktur, einer Verkehrsstruktur und einer Versorgungsstruktur, die diesen unterschiedlichen Anforderungen gerecht wird. In die kommende Wahlperiode fallen eine ganze Reihe von Gedenk- und Jahrestagen. Jahrestage, die von unseren Gegnern benutzt werden, sich diskreditierend mit uns „auseinanderzusetzen“. Dem können wir nicht untätig entgegensehen. Wir sind und bleiben eine antifaschistische Partei, eine Partei, die auch um sozialistische Visionen streitet, eine Partei, die sich mit den bestehenden gesellschaftlichen Situationen nicht abfindet, die gegen Hunger und Ausbeutung kämpft, die für soziale Gerechtigkeit und Frieden streitet und eine Partei, die aus der Geschichte der Gesellschaft und aus ihrer eigenen Geschichte gelernt hat. Wir sind eine Partei, die Lebensleistung auch in der DDR fair bewertet haben will, die aber auch deutliche Kritik an unseren Fehlentwicklungen, wie die Stalinistischen Methoden, übt. Für den weiteren Prozess des Zusammenfindens als neue LINKE ist im kulturvollen Miteinander die Auseinandersetzung mit der Politik in Westdeutschland mit ihren Möglichkeiten, Kämpfen und Fehlern, genauso wichtig wie die Bewertung der Politik der DDR mit deren Möglichkeiten, Kämpfen und Fehlern. Wir müssen also die Geschichtsdebatte erweitern und intensivieren – um unsrer eigenen Entwicklung willen, und nicht, weil Andere Jahrestage für ihre eigene Rechtfertigung missbrauchen.

kfo

**Gysi  
meint...**



## Opel hat eine Zukunft – mit einer direkten Mitarbeiterbeteiligung

Die Existenz des Automobilkonzerns Opel ist bedroht. Es geht um die Zukunft eines Unternehmens mit 26.000 Beschäftigten und der Zulieferindustrien mit weiteren 75.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Die Muttergesellschaft von Opel, der US-Konzern General Motors, befindet sich in einer schweren Krise und kann nur mit staatlichen Milliardensubventionen überleben. Diese fließen jedoch nur, wenn General Motors sich von seinen europäischen Töchtern Opel und dem schwedischen Saab-Konzern trennt. So droht Opel, mit in den Abgrund gerissen zu werden.

Das Unternehmen hat nur eine Zukunftschance, wenn jetzt der Bund und die Länder, in denen Opel Standorte hat, mit Kreditvergünstigungen und Bürgschaften einsteigen, so dass Opel zu einem eigenständigen Unternehmen weiter existieren kann. Das wird nur funktionieren, wenn Opel neue Kooperationspartner in Europa findet.

Der Staat sollte Opel unter der Bedingung finanziell unterstützen, dass die Belegschaft des Konzerns Anteilseigner und am Unternehmen mit bis zu 49 Prozent beteiligt wird. Die Beschäftigten könnten so über die künftige Geschäftspolitik und die Sanierung mitentscheiden, um langfristige Beschäftigungsgarantien durchzusetzen.

Darüber hinaus bietet ein solches Beteiligungsmodell die Chance, umweltgerechte Fahrzeuge mit Treibstoff sparenden Motoren zu entwickeln und in die bestehenden Produktionsketten zu integrieren.

Union, SPD und Grüne fordern eine Verstaatlichung, die Linke nicht. Es bedeutet ein Mehr an Demokratie, wenn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter direkt an Unternehmensentscheidungen beteiligt werden.

## Lothar Bisky zur Europawahl in Treptow-Köpenick

Der Europawahlkampf setzt auch in Treptow-Köpenick erste Zeichen. Am 9. Februar sprach der Vorsitzende der Europäischen Linken, Lothar Bisky, zu den Vertretern der Basisorganisationen des Bezirksverbandes DIE LINKE.

„Ja, auch die Wahl zum Europaparlament steht im Zeichen der Finanzkrise“, so Bisky. Er hob hervor, dass diese Finanzkrise eine Gesellschaftskrise, eine Krise der Kapitalismus sei. Die Wahlentscheidung der Bürger werde in hohem Maße geprägt sein von den Annahmen des Krisenverlaufs und welchen gesellschaftlichen Kräften tatsächlich wirksame Einflussnahme zugetraut wird. Aufgabe der LINKEN sei es deshalb, immer wieder darauf hinzuweisen, wer diese Krise verursacht hat.

„In jedem Falle“, so Bisky weiter, „sind die Antworten nicht allein in Deutschland zu finden. Die Europäische Linke steht deshalb in der Pflicht, europäisch zu denken und zu handeln“. Schon aus diesem Grunde sei die Mär von der „Europafeindlichkeit“ der LINKEN Unsinn. Die in der Europäischen Linken vereinten linken Parteien Europas haben bereits eine gemeinsame Wahlplattform verabschiedet – das ist einmalig in Europa und ein eindeutiges

## „Gysi vor Ort“ im RatzFatz

Das Primat der Politik gegenüber der Ökonomie muss wieder hergestellt werden und das Finanzsystem habe Dienstleister der Wirtschaft zu sein und sich nicht als Börsenzocker zu betätigen, so Gregor Gysi beim Bürgerforum („Gysi vor Ort“) der Partei DIE LINKE. Niederschöneweide im RatzFatz. Vor rund 150 Bürgerinnen und Bürgern sprach er zur Finanz- und Wirtschaftskrise, nannte Ursachen, Mechanismen, momentane Auswirkungen und äußerte sich u.a. zu den Konjunkturpaketen der Regierung, besser als Krisenpakete bezeichnet.

Mit der Ansage linker Vorschläge zur Konjunkturbelebung bis hin zur Belegschaftsbeteiligung in großen Unternehmen verdeutlichte er, dass die Zunahme linker Präsenz in den Parlamenten der Länder und des Bundes die politische Gegenseite schon in Ängste versetzt und sie immer wieder und zunehmend dazu veranlasst, solche Initiativen zu verteufeln, sie jedoch später als eigene in anderer Form wieder stehen zu lassen.

*Helmut Holfert*



Bekanntnis für eine gemeinsame Europäische Politik, die sich allerdings konsequenterweise von neoliberalen Politikansätzen unterscheidet.

### Zitat aus der gemeinsamen Wahlplattform der Europäischen Linken:

„Wir wollen eine starke linke Fraktion im Parlament, um Europa verändern zu können. Jede Stimme für einen Kandidaten der Europäischen Linken ist eine Stimme für ein friedliches, soziales, ökologisches, demokratisches, feministisches und solidarisches Europa!“

## Bürgersprechstunde

### Gregor Gysi

Bürgersprechstunden: **9.03.09** in der Zeit von **14.00 – 18.00 Uhr** im Wahlkreisbüro Brückenstraße 28.

*Anmeldung bitte unter (030) 63 22 43 57*

## Vernissage

am **9. März um 14.00 Uhr** im Wahlkreisbüro, Brückenstraße 28

### Willy Thor Buder Malerei

Laudatio: Christine Kerstin Homilius  
Ausstellungsdauer: 10.3. bis 31.5.2009

### Das „blättchen“ braucht Eure/Ihre Spende!

Um die Kosten decken zu können, ist eine Spende von 25 Cent für jede Ausgabe notwendig. Wir bedanken uns für alle Spenden und bitten weiter um Unterstützung, per Überweisung, unter:

**Empfänger:** DIE LINKE LV Berlin, **Konto:** 438 481 6800, **BLZ:** 100 200 00 Berliner Bank AG, **Verwendung:** 810-502 oder direkt in beiden Geschäftsstellen.

**Vielen Dank!**



Sie finden hier Termine der Partei DIE LINKE. Weitere Termine von öffentlichen Veranstaltungen finden Sie auf Seite 8

### Beratung des Bezirksvorstandes

Di 17.3. 18:30 Allendeweg 1

### Basistreffen

Mo 6.4. 17:00 Rathaus Treptow

### Im März zum Geburtstag

- 100. Gertrud Demowski,  
Herbert Biesold
- 99. Friedel Biesold
- 97. Elisabeth Apel, Erna Kuhn,  
Susanne Zappe
- 93. Fritz Eggert
- 91. Ingeborg Kulmann
- 85. Ingeborg Golessa,  
Anna Nerowsky

- 80. Margot Appenfeller,  
Ingeborg Günther, Sonja Hanel,  
Margarete Schindler, Renate  
Seidowsky, Katja Wagner,  
Manfred Dietze, Werner Eggert,  
Günter Funke, Günter Türschmann
- 75. Christa Nippe, Marianne  
Wambutt, Hans Prillwitz
- 70. Brigitte Feddersen,  
Werner Gerathewohl



## KONTAKT

### Bezirksverband

#### Geschäftsstelle Köpenick

Allendeweg 1, 12559 Berlin

Tel. (030) 6432 9776, Fax (030) 6432 9792

E-Mail: pds-koepenick@t-online.de

#### Öffnungszeiten:

Montag	nach Vereinbarung,
Dienstag	von 10.00 bis 18.00 Uhr
Mittwoch	von 13.00 bis 16.00 Uhr
Donnerstag	von 10.00 bis 16.00 Uhr
Freitag	von 10.00 bis 13.00 Uhr

#### Geschäftsstelle Treptow

Brückenstraße 28, 12439 Berlin

Tel. (030) 532 89 22, Fax (030) 6310 42 41

#### Öffnungszeiten:

Donnerstag von 14.00 bis 18.00 Uhr

### Letzter Kassentag 2008:

Brückenstr.: Donnerstag, 11. Dezember

Allendeweg: Donnerstag, 11. Dezember

### Erster Kassentag 2009

Brückenstraße: Donnerstag, 8. Januar

Allendeweg: Dienstag, 13. Januar

Belege, die noch das Beitragsjahr 2008 betreffen, sind bis spätestens 29.1.2009 abzurechnen.

### Fraktion in der BVV

Rathaus Treptow, Raum 205

Neue Krugallee 4, 12435 Berlin

Telefon / Fax (030) 533 76 07

Telefon (030) 902 97 41 61

mail@linksfraktion-treptow-koepenick.de

#### Sprechstunden jeweils:

Montag	von 15.00 bis 18.00 Uhr
Dienstag	von 12.00 bis 17.00 Uhr
Donnerstag	von 15.00 bis 18.00 Uhr

### Wahlkreisbüro Dr. Gregor Gysi

Brückenstraße 28, 12439 Berlin

Tel. (030) 63 22 43 57, Fax (030) 63 22 43 58

#### Sprechzeiten:

Montag	von 13.00 bis 16.30 Uhr
Mittwoch	von 13.00 bis 16.30 Uhr

## Siedlungsstraßen werden instandgesetzt!

Viele Gerüchte waren in Umlauf. Bei den Bürgern der Adlershofer Reihenhaussiedlung gab es Klärungsbedarf zur beabsichtigten Straßeninstandsetzung. Die Gerüchte sorgten für erhebliche Unruhe, zumal davon die Rede war, dass die Anlieger nach dem umstrittenen Straßenausbaubeitragsgesetz an den Kosten zu beteiligen sind. Und da könnten schon mal 10.000 – 15.000 EUR pro Familie zusammenkommen.

Die Basisorganisation 07/07 Adlershof der Partei DIE LINKE hatte nun den Vorsitzenden des Ausschusses und Sprecher für Stadtplanung und Verkehr der BVV Treptow-Köpenick, Udo Franzke, eingeladen, um zu erfahren, welche Maßnahmen im Einzelnen vorgesehen sind, wann und wie die betroffenen Anlieger informiert werden und Gelegenheit bekommen, Hinweise zum Projekt zu geben und ggf. Forderungen dazu zu stellen und zu begründen.

Franzke konnte Entwarnung geben. Die Besorgnis hinsichtlich der Kostenbeteiligung sei derzeit unnötig. Die Siedlungsstraßen seien im „Programm bauliche Unterhaltung 2009“ enthalten. Das bedeutet, es entstehen keine Kostenbeteiligungen für die Anlieger. Kontroversen waren unsere Auffassungen zur Mitbestimmung der Bürger in kommunalen Angelegenheiten. Von Seiten der Anwohner wird erwartet, von vornherein Mitsprache zu gewährleisten. Man sieht gerade hier ein Feld für mehr direkte Demokratie. Im unmittelbaren Lebensumfeld müssen Bürger ihre Sachkunde und auch ihre Interessen besser in die Waagschale werfen können, bevor mit kommunalen Entscheidungen Tatsachen geschaffen werden. Das wäre ein großer Schritt gegen beobachtete Demokratieverdrossenheit.

H.-G. Burghardt

## Leserbrief

Zur Kolumne „Gysi meint..“ im Februarblättchen erreichte uns ein Leserbrief von Harry Schröder, den wir auszugsweise wiedergeben:

„Ich habe schon an meinem analytischen Verstand gezweifelt, weil ich bis dato nirgendwo kritische Einschätzungen gelesen und gehört habe zu den seit Wochen in der Stadt aushängenden „Pro Reli“-Plakaten.

...

Ich habe gegenüber Nachbarn, die gerne zur Unterschriftsleistung gehen wollten, mit den Worten argumentiert: „Das ProReli-Plakat ist eine Lüge von wegen Wahlfreiheit, es ist die reinste Volksverdummung, wieder einmal von der CDU initiiert, um letztendlich dem rot-roten Senat eins auszuwichen!“

## Baumängel Sporthalle

Seit Inbetriebnahme der neuen Sporthalle im April vorigen Jahres nach Umbau eines ehemaligen Flugzeughangars in Adlershof ist eine Reihe von Baumängeln festgestellt worden. Die Mängel, die größtenteils auf noch vorhandene Restfeuchte im Bauwerk zurückzuführen waren, sind inzwischen durch die betreffenden Firmen in kürzester Zeit behoben worden. Den Firmen Pusch vorzuwerfen, ist nach Ansicht des Bezirksamtes nicht angemessen. Die Verdingungsordnung für Bauleistungen (VOB) sehe deshalb in der Regel eine Gewährleistungsgarantie von vier Jahren vor.

## Eierhäuschen

Die erneute Nutzung des Alten Eierhäuschens als Ausflugslokal ist unverändertes Planungsziel des Bezirksamtes. In Beratungen mit Interessenten im Rahmen von Planungsrecht mit Bebauungsverfahren für das Gelände des ehemaligen Spreeparks werde ausdrücklich auf das dringende Erfordernis einer Sanierung der Gaststätte verwiesen.

# Köpenicker Lokalgeschichte

Sind Sie noch in der „Marktbörse“ eingekehrt oder haben im Winter in der „Müggelbaude“ einen Grog getrunken? Beide Kneipen sind seit Jahrzehnten Geschichte. Eine Ausstellung ruft jetzt diese und andere Lokale in den Blick der Öffentlichkeit zurück.

„Köpenicker Lokalgeschichte“ heißt die Ausstellung, die bis August im Heimatmuseum am Alten Markt zu sehen ist. Die Gaststätte „Zur Marktbörse“ (unser Foto) stand einst in unmittelbarer Nachbarschaft des heutigen Heimatmuseums, genau dort, wo sich jetzt die neue Mittelpunktbibliothek befindet. 1979 geschlossen, wurde der Bau 1982 abgerissen. Zurück blieben Erinnerungen, einige Szenen im Defa-Film „Spur der Steine“, der auch in der „Marktbörse“ gedreht wurde.



Foto: Drescher/Heimatverein Köpenick

## TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++ TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++ TERMINE

Weitere Termine der Partei DIE LINKE  
finden Sie auf Seite 7

**SA 7.3.** **10:30** „Claras Erben“ – ein Buch mit Köpenicker Lokalkolorit, von und mit Ursula Reinhold, Gaststätte „Zur Tankstelle“, Ober-  
spreestraße

### Zum Internationalen Frauentag 2009

ein musikalisch-literarisches Programm über Else Lasker-Schüler mit Carola Krautz-Brasin (Gesang/Prosa) Peggy Voigt (Flügel) Rainer Luhn (Kommentare) **8. März, 10:30 Uhr**  
Rathaus Treptow Neue Krugallee 4

**MO 9.3.** **15:00** Beratung der AG Seniorenpolitik beim BV DIE LINKE im Rathaus Treptow, Fraktionszimmer der Linksfraktion, R.205, Neue Krugallee 4.

Thema: Aktuelle Probleme der Wahlvorbereitung zur Europa- und Bundestagswahl 2009

Gäste und neue Mitstreiter sind wie immer herzlich willkommen

**DI 10.3.** **18:30** Bürgerhaus Altglienicke, Ortofstraße 182-184, Diskussionsveranstaltung zum Thema: Gesundheits- und Sozialpolitik im Bezirk mit Bezirksstadträtin Ines Feierabend

**DI 17.3.** **18:30** Rathaus Köpenick. Die wohnungs- und mietenpolitische Arbeit der LINKEN auf Bezirks- und Landesebene. Ziele und Ergebnisse, mit Anneliese Langner und Uwe Doering, MDA

**MI 18.3.** **14:00** AG Mieten/Wohnen, Rathaus Köpenick, Raum 4

**SA 21.3.** **15:00** Gedenkstätte Köp. Blutwoche. Gespräch mit Prof. Dr. Silvia Schlenstedt: Juden und Judenverfolgung als Thema in der Literatur der DDR. Veranstaltung der VVN-BdA Köpenick

**MI 25.3.** **18:30** Kulturküche Bohnsdorf, Dahmestraße, „Aktueller Streif-

zug durch die gesetzliche Rentenversicherung“ mit Renate Müller, Mitarbeiterin der Deutschen Rentenversicherung

**DI 24.3.** **16:30** AG Frauenpolitik, Diskussion zum Entwurf „Feministisches Manifest“, Allendeweg 1

**SO 29.3.** **10:00** Polit. Frühschoppen mit André Brie, Mitglied im Europäischen Parlament, Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke, Köpenicker Fischerhütte, Wendenschloßstraße 60 D

**Termine für den blättchen-Kalender**  
bitte per Telefax an 64 32 97 92 oder an:  
petra.reichardt@die-linke-berlin.de

### EINLADUNG

#### Liebe Mietervertreter

DIE LINKE Treptow-Köpenick lädt ein zu einer öffentlichen Informations- und Diskussionsveranstaltung am **Dienstag, 17.03.2009** um **18.30** Uhr im Ratssaal des Rathauses Köpenick.

**Thema:** Die wohnungs- und mietenpolitische Arbeit der LINKEN auf Bezirks- und Landesebene. Ziele, Ergebnisse und Probleme.

**Eine Diskussionsgrundlage geben:** Uwe Doering, mietenpolitischer Sprecher und Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus Anneliese Langner, Mieterbeiratsvorsitzende Kietzer Feld u. Mitglied der AG Wohnen und Mieten beim Bezirksvorstand der LINKEN Treptow-Köpenick Gemeinsam wollen wir beraten, was uns weiterbringt und uns über offene Probleme verständigen.

Wir freuen uns auf Ihre aktive Teilnahme.

**Marko Tesch**  
Bezirksvorsitzender  
DIE LINKE Treptow-Köpenick

**Bärbel Artt**  
Vorsitzende der AG Wohnen und Mieten beim  
Bezirksvorstand DIE LINKE Treptow-Köpenick